

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

An Herrn Bürgermeister Heyland
und die Mitglieder des Gemeinderates Neubiberg

Gemeinsamer Antrag Handelsabkommen

Neubiberg, 20.7.2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten einen Beschluss zu den derzeit vorbereiteten Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA sowie deren Auswirkungen auf kommunale Angelegenheiten anregen, wie er vergleichbar bereits von den Gemeinden Hohenbrunn, Unterhaching und vielen weiteren Kommunen verabschiedet wurde:

Die derzeit in Vorbereitung befindlichen Handelsabkommen zwischen der EU, den USA und Kanada werden gravierende Auswirkungen auf die Qualitätsstandards, die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Daseinsvorsorge haben. Auch wenn der Abbau von Handelshemmnissen begrüßenswert erscheint, muss die Beibehaltung arbeitsrechtlicher Normen und gesetzlicher Standards für Produktsicherheit, Verbraucher-, Gesundheits-, Daten- und Umweltschutz gewährleistet und die hohe Qualität der kommunalen Daseinsvorsorge erhalten bleiben. Alle kommunalen Spitzenverbände haben einen Forderungskatalog aufgestellt, um die Verhandlungsposition der Verbände zu stärken.

Die Gemeinde Neubiberg ist zumindest in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Energieversorgung betroffen. Die Inhalte des Abkommens TTIP könnten sich durch eine Marktzugangspflicht, die lokale Monopole untersagt, sogar auf die kommunale Organisationsfreiheit auswirken. Die Kulturförderung, vor Ort also beispielsweise Einrichtungen wie das Seniorenzentrum und die Gemeindebibliothek, sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement dürfen in Neubiberg keinesfalls von den genannten Handelsabkommen eingeschränkt werden.

Daher unser Antrag:

- 1) Der Gemeinderat Neubiberg unterstützt die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände für die weiteren Verhandlungen der Europäischen Kommission für transatlantische Handelsabkommen. Insbesondere schließt sich die Gemeinde Neubiberg der Forderung an, den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge aus internationalen Handelsabkommen herauszunehmen.
- 2) Der bisherige Prozess der Verhandlungen ist in höchstem Maße intransparent und vernachlässigt erheblich die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer und nationaler Ebene. Daher fordert der Gemeinderat Neubiberg eine bessere Transparenz der Verhandlungen unter Einbeziehung der gewählten EU-Parlamentarier und nationalen Regierungen. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Streitfällen gelten.
- 3) Sollten die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nicht berücksichtigt werden, fordert der Gemeinderat Neubiberg die Bundesregierung, den Bundesrat und den Bundestag auf, den Abkommen nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrike Dowie
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gregor Röslmaier
Fraktionssprecher SPD